

Bernd Overwien: Politische Bildung in Zeiten globaler Verwerfungen

Politische Bildung kann einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft leisten. Bekanntlich ist Demokratie die einzige Gesellschaftsform, deren Funktionsweisen und Grundprinzipien erlernt werden müssen. Auch deshalb steht in vielen einschlägigen Papieren, beispielsweise Schulgesetzen, etwas über politische Bildung als Aufgabe der ganzen Schule. Leider wird diese hehre Grundsatz zu wenig eingelöst und auch die Bedeutung des Schulfaches der politischen Bildung ist innerhalb der schulischen Strukturen geringer geworden. In letzter Zeit ging es verstärkt um „ökonomische Kompetenzen“, die in der schulischen Bildung eine größere Rolle spielen sollten, in einigen Bundesländern unter Aufgabe wichtiger Ziele der politischen Bildung. Natürlich kann Politik ohne Grundkenntnisse wirtschaftlicher Grundlagen nicht verstanden werden. Es ist aber erschreckend zu sehen, dass in Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover als Ergebnis einer Untersuchung konstatiert werden musste, dass sowohl Hauptschüler*innen, als auch Gymnasiast*innen wirtschaftliche Prozesse als kaum beeinflussbar sehen. Globalisierung sei allenfalls über Fairen Handel oder Spenden sozialer zu gestalten, so das – hier etwas vereinfacht wiedergegebene – Ergebnis der Studie.ⁱ Fair Trade kann für viele Beteiligte wichtig sein und auch Spenden haben ihren Sinn. Dass aber kein Bewusstsein über die Steuerbarkeit ökonomischer Prozesse vorliegt deutet auf katastrophale Bildungslücken hin.

Soll heute das Verhältnis von wirtschaftlicher Macht und Aktivität auf der einen und politischer Gestaltung und Grenzsetzung auf der anderen Seite verstanden werden, muss es um das globale Bild gehen. Weltweit wirksame Faktoren beeinflussen immer mehr unsere Realität bis hin zur lokalen Ebene. Dies zeigt nicht erst die Flüchtlingssituation. Rohstoffe werden weltweit abgebaut und gehandelt, die Produktion ist oft international vernetzt, der Klimawandel und der Verlust biologischer Vielfalt werden immer deutlicher. Die weltweite Ungerechtigkeit nimmt dabei kaum ab; Kriege, gewaltsame Regimes und Armut liefern Fluchtmotive. Viele der Phänomene lösen bei uns Angst und Unsicherheit aus, insbesondere, wenn es um Terrorismus und Krieg geht, die wiederum eng mit anderen der angedeuteten Problemlagen zu tun haben. Diese sollten in Bildungsveranstaltungen klar und deutlich angesprochen werden, auch die emotionale Seite der Politik muss in politischer Bildung bearbeitet werden.ⁱⁱ

Die entscheidenden politischen Fragen sollten deutlich genug gestellt werden. So weist schon vor Jahren der Bericht des Wuppertal-Institutes „Fair Future“ darauf hin, dass die weltweite Entwicklung am Scheideweg stehe. Entweder bleibe die Mehrheit der Welt vom Wohlstand ausgeschlossen oder das Wohlstandsmodell werde so umgestaltet, dass alle daran teilnehmen können, ohne den Planeten ungastlich zu machen. Es gehe um die Wahl zwischen globaler Apartheid und globaler Demokratie. Aktuelle politische Entwicklungen zeigen, dass globale Demokratie nicht für alle die attraktivere der beiden Alternativen ist. Rechtspopulisten arbeiten an der Spaltung der Gesellschaft und haben offenbar Vorstellungen von „globaler Apartheid“ als Ziel.

Lösungen in einem demokratischen und menschenrechtlichen Sinn sind keineswegs utopisch, wie die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen im letzten Jahr zeigt. Vorstellungen von einer „großen Transformation“ des Wissenschaftlichen Beirats der

Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen (WBGU) zeigen den Weg hin zu einer post-fossilen Wirtschaftsweise. Allerdings sollte nicht ausschließlich die Endlichkeit weltweiter Ressourcen in wirtschaftliche Überlegungen einfließen. Es muss auch um eine andere soziale Verteilung von Ressourcen gehen. Damit verbunden kann eine notwendige „Postwachstumsgesellschaft“ den Weg öffnen zu anderen Zukunftsvorstellungen von Gesellschaft. Das Bruttoglücksprodukt als Maß der Wirtschaft im kleinen Bhutan oder das „Buen Vivir“, das gute Leben, als Zielvorstellung in den Verfassungen Ekuadors und Boliviens sind nicht Eins-zu-eins für uns zu übernehmen, weisen aber mögliche Wege.

Bildung kann in diesem Kontext allein gesellschaftliche Probleme nicht lösen, aber Voraussetzungen dafür schaffen. Sie kann demokratische Kräfte stärken und Diskurse rational und menschenrechtlich begründen. Im Globalisierungskontext, geht es darum, die Welt nicht im zerstörerischen neoliberalen Sinne zu gestalten, sondern nach einem Verständnis von Nachhaltigkeit, das neben ökologischen und ökonomischen Fragen das Ziel sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Angesichts sozialer, ökologischer und mehr und mehr auch realpolitischer Bedrohungslagen erscheint dies aktuell manchmal weit entfernt. Ohne positive Ziele, die offensiv nach außen getragen werden, ist aber politisch nur wenig zu erreichen und auch das weit verbreitete Gefühl von Verdrängung und Ohnmacht kaum zu bearbeiten.

In der politischen Bildung muss es auch um die Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Globalisierungsbegriff gehen, der die Beziehungen zwischen starken und schwachen Interessen eher verschleiert. Mit „Globalisierung“ sind Hoffnungen auf Freiheiten und Angst vor einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gleichzeitig verbunden. Globalisierung als neoliberale Modernisierung universalisiert die Konkurrenz zwischen Wirtschaftssubjekten. Auch aufgrund des Agierens transnationaler Wirtschaftsakteure entsteht der Eindruck einer Eigengesetzlichkeit der Globalisierung. Diese lässt sich aber nach wie vor steuern und politisch beeinflussen. Soziale Alternativen sind nach wie vor denkbar. Liegt hier schon eine deutliche Aufforderung an politische Bildung, entsprechende Kompetenzen des Urteilens und Handelns zu unterstützen, gilt dies erst recht für die Folgen von Globalisierung. Politische Bildung muss sich mit den verschiedenen Seiten ökonomischer und politischer Globalisierung befassen, insbesondere Strukturen und Akteure durchschaubarer werden lassen und Handlungsalternativen herausarbeiten. Es geht auch darum, Solidarität neu zu begründen und nationale Engführungen zu überwinden.

Dabei ist mit zu überlegen, dass ein ausgrenzender Nationalismus oberflächlich als politisches Angebot Schutz vor den negativen Folgen von Modernisierung und Globalisierung zu bieten scheint. Dies wird von interessierten Kreisen aufgeladen mit Elementen tradierter fremdenfeindlicher, rassistischer und nationalistischer Ideologieanteile. Die (relative) Stärke entsprechender rechtspopulistischer Politikangebote liegt in ihren Reaktionen auf krisenhafte Folgen des Modernisierungsschubs, den unsere Gesellschaften durchlaufen. Moderner Rechtsextremismus und Rechtspopulismus stellt die Angst vor einer chaotischen Zukunft und unkontrollierbarer Einwanderung in den Vordergrund und verbindet sie mit der Konkurrenz um Arbeitsplätze. Als Gegenbild zu einer „multikulturellen“ Weltgesellschaft gilt dabei die „heile Welt“ eines deutschen Nationalstaates. Wohlstandschauvinismus verbindet sich mit

tradiertem Rassismus und Faschismus.ⁱⁱⁱ Diesen zerstörerischen Bildern müssen andere entgegengestellt werden.

Die hier zugrunde liegenden Analysen sind schon relativ alt, wurden in der politischen Bildung aber kaum aufgenommen. Erst 2005 erschien der Begriff des Globalen Lernens im zentralen Handbuch politische Bildung und 2014 der der nachhaltigen Entwicklung.^{iv} Möglicherweise klingelt an dieser Stelle bei Manchen das Glöckchen des Beutelsbacher Konsens, scheint die Angst vor Überwältigung auf. Alles bisher Gesagte lässt sich aber problemlos mit allen einschlägigen menschenrechtlichen Standards verbinden, die ja den normativen Hintergrund des Beutelsbacher Konsenses bilden.^v

Auch ein KMK-Papier zum Globalen Lernen¹, das in einer ersten Form 2007 erschien und jetzt aktualisiert wurde, zeigt, dass globale Fragen an vielen Stellen in die politische Bildung integriert werden können.^{vi} Mehr noch weist es den Weg hin zu einer globalen politischen Bildung für die ganze Schule. Es ist darin neben einer Analyse des weltweiten Wandels und seiner Konsequenzen für Unterricht nicht nur von der politisch-ökonomischen Bildung die Rede. Im Fach Geschichte soll es u.a. um die Globalisierung religiöser und ethischer Leitbilder, den Wandel von Krieg und Frieden von der Antike bis zur Gegenwart oder um Migration und Integration anhand historischer Beispiele von der Antike bis zur Gegenwart und um Kolonialismus gehen. Im Matheunterricht wird u.a. vorgeschlagen, die Darstellung von Energieressourcen, Energieerzeugung und Energieverbrauch in zeitlichem Verlauf zu bearbeiten oder sich mit Klimadaten und Klimawandel am Beispiel der Erderwärmung zu beschäftigen. Der Sportunterricht soll sich z. B. mit den Olympischen Spielen in Antike und Neuzeit befassen oder auch mit dem Spannungsverhältnis von Religion und Sport, der Kommerzialisierung und Vermarktung von Sport oder mit Migranten im Fußball-Profittransfer. In den Naturwissenschaften geht es um ein Naturverständnis in verschiedenen Kulturen und um die Gefährdung, Erhalt und nachhaltige Nutzung biologischer Vielfalt.

Der KMK-„Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“ trägt, auf der Grundlage des Nachhaltigkeitsverständnisses der Vereinten Nationen und der Bildung für nachhaltige Entwicklung, Kompetenzen an die Schule heran, wie etwa die Fähigkeiten zu „Perspektivenwechsel und Empathie“, zur „Solidarität und Mitverantwortung“, zur „Handlungsfähigkeit im globalen Wandel“ oder auch zur „Partizipation und Mitgestaltung“.

Vieles davon findet sich aktuell in hessischen Lehrplänen. Auch Unterrichtsmaterial steht zur Verfügung.^{vii} Es fehlen allerdings flächendeckende Angebote in der Lehrer*innenbildung und erst recht in der Fort- und Weiterbildung.

ⁱ Fischer, Sebastian/Fischer, Florian/Kleinschmidt, Malte/Lange, Dirk (2015): Globalisierung und Politische Bildung. Eine didaktische Untersuchung zur Wahrnehmung und Bewertung der Globalisierung, Wiesbaden.

ⁱⁱ Besand, Anja (2014): Gefühle über Gefühle. Zum Verhältnis von Emotionalität und Rationalität in der politischen Bildung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 3, S. 373-383.

ⁱⁱⁱ Scherr, Albert: Rechtsextremismus und Globalisierung als Herausforderungen für die politische Jugendbildungsarbeit. In: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (2002): Politische Bildung und Globalisierung. Opladen, S. 163-180

^{iv} Sander, Wolfgang (Hrsg.) (2014): Handbuch politische Bildung. Schwalbach

¹ Vgl. Emde, Oliver; Jakubczyk, Uwe; Kappes, Bernd; Overwien, Bernd (Hrsg.): Mit Bildung die Welt verändern? Globales Lernen für eine nachhaltige Entwicklung, Leverkusen-Opladen (im Erscheinen)

^v Widmaier, Benedikt; Zorn, Peter (Hrsg.) (2016): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Bonn: BPB

^{vi} KMK/BMZ (2016): Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, Bonn (gratis bei Cornelsen.de)

^{vii} Vgl. www.globaleslernen.de